

91.3002

Motion Ledergerber**Programm für die schweizerische Friedens- und Aussenpolitik****Rapport sur la politique suisse étrangère et de paix***Wortlaut der Motion vom 21. Januar 1991*

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Bericht auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, worin er ein konsistentes und mutiges Programm für die schweizerische Friedens- und Aussenpolitik in diesem Jahrzehnt entwickelt und darlegt. Darin sind die Prioritäten aus heutiger Sicht klar darzulegen und die notwendigen und vorgesehenen personellen und finanziellen Mittel zu beziffern.

Texte de la motion du 21 janvier 1991

Le Conseil fédéral est invité à présenter au Parlement, dans un rapport, un programme étoffé, valable durant la décennie en cours, pour une politique étrangère courageuse, visant notamment à instaurer la paix. On y indiquera clairement les priorités qui s'imposent dans l'optique actuelle et on précisera, chiffres à l'appui, le personnel et les moyens financiers requis.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Bodenmann, Brügger, Carobbio, Danuser, Eggenberger Georges, Haering Binder, Hafner Ursula, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Lanz, Leemann, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Meizoz, Meyer Theo, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruffy, Stappung, Vollmer, Zbinden Hans, Züger (26)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Bundesrat hat im Herbst 1990 dem Parlament seinen Bericht zur schweizerischen Sicherheitspolitik vorgelegt. Darin wird u. a. ausgeführt, dass in Zukunft der Konfliktprävention ein wesentlich höherer Stellenwert zuzumessen sei als der militärischen Abschreckung und der Fähigkeit, Krieg zu führen. Im zitierten Bericht findet sich sodann ein bemerkenswerter Versuch, einen sicherheitspolitischen Auftrag für die Aussenpolitik zu formulieren, nämlich:

- Aktive Beteiligung der Schweiz am KSZE-Prozess;
- Konstruktive Mitwirkung an Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen;
- Kreative Förderung von Methoden und Instrumenten zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten;
- Engagement bei der Verifikation von Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen;
- Erweiterung der traditionellen Guten Dienste;
- Gezielte Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe unter Einschluss der Migrationsproblematik;
- Aktive Teilnahme an internationalen Bestrebungen, die die Umwelt schützen und als Grundlage der menschlichen Existenz erhalten wollen;
- Bemühungen um restriktive, international gültige Waffenexportbestimmungen und um die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln.

Diese Absichtserklärungen, die mehr als jeder andere Teil der Sicherheitspolitik auf die grösste Zustimmung in der Bevölkerung stossen, bedürfen dringend der weiteren Konkretisierung und Ausgestaltung. Sie bleiben sonst toter Buchstabe wie einige schöne Aussagen des Sicherheitsberichts aus dem Jahr 1973 (Friedens- und Konfliktforschung, stärkeres Engagement in der allgemeinen Friedenssicherung und Konfliktbewältigung usw.). Die vorliegende Motion verlangt nichts anderes als die Umsetzung der unverbindlichen Aufträge an die Aussenpolitik in eine konsistente, wirksame und langfristige Politik.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 8. Mai 1991

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 8 mai 1991

Der Bundesrat ist bereit, der Bundesversammlung einen Bericht über das aussenpolitische Konzept der Schweiz für dieses Jahrzehnt vorzulegen. Gemäss Artikel 29 Absatz 1 des Geschäftsreglements des Nationalrates vom 4. Oktober 1974 ist die Erstattung eines Berichts allein keine Massnahme, die in Form der Motion verlangt werden kann. Hierfür ist vielmehr die Form des Postulats vorgesehen. Der Bundesrat ist bereit, die Motion in Form eines Postulats entgegenzunehmen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates**Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

91.3013

Motion Bäumlin**Schweizerisches Konzept für eine neue Nahost-Politik****Nouvelle politique suisse au Proche-Orient***Wortlaut der Motion vom 23. Januar 1991*

Die unterzeichnenden ParlamentarierInnen verlangen, dass der Bundesrat so rasch als irgend möglich eine spezielle Arbeitsgruppe ausgewiesener ExpertInnen (Arabistik, Friedensforschung usw.) einsetzt, die ein Konzept für eine neue Nahostpolitik erarbeitet. Diese Politik strebt an, die Länder sowie alle Völker und Minderheiten dieser Region als gleichberechtigte Partner einzubeziehen, die Sache der Frauen, Kinder und Jugendlichen besonders zu fördern, die wirtschaftlichen Beziehungen ökologisch zu gestalten sowie schweizerischerseits einen Beitrag an den Aufbau eines kulturell nichtdiskriminatorischen Bildungssystems in diesen Ländern zu leisten. Diese neue Nahostpolitik nimmt sich die KSZE als Prozess zum Vorbild. Verantwortlich für das Konzept ist der Gesamtbundesrat.

Texte de la motion du 23 janvier 1991

Les députées soussignées chargent le Conseil fédéral d'instituer le plus rapidement possible un groupe de travail composé d'expert(e)s réputé(e)s (spécialistes du monde arabe, de la recherche sur la paix, etc.), groupe qui aura pour tâche d'élaborer une nouvelle politique sur le Proche-Orient. Cette politique s'efforcera d'intégrer dans les relations internationales les pays ainsi que tous les peuples et minorités de cette région en tant que partenaires à part entière, de promouvoir spécialement la cause des femmes, des enfants et des adolescents, d'introduire des principes écologiques dans les relations économiques, ainsi que de prévoir la fourniture par la Suisse d'une contribution en vue de la mise en place d'un système de formation axé sur le respect des cultures.

Cette nouvelle politique sur le Proche-Orient s'inspirera du processus de la CSCE. Le gouvernement dans son ensemble sera responsable de cette politique.

Mitunterzeichner -- Cosignataires: Antille, Bär, Daepp, Danuser, Diener, Dormann, Eppenberger Susi, Fankhauser, Gardiol, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Jeanprêtre, Leemann, Leutenegger Oberholzer, Mauch Ursula, Nabholz, Pitteloud, Segmüller, Spoerry, Stamm, Stocker, Uchtenhagen, Ulrich, Zölch (26)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 17. April 1991

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 17 avril 1991

Gemäss Artikel 102 Ziffer 8 der Bundesverfassung gehört die Leitung der Aussenpolitik der Schweiz zu den Aufgaben des Bundesrates. Er hat jedoch die traditionelle Beteiligung des Parlamentes an der aussenpolitischen Meinungsbildung immer begrüsst. Ganz besonders schätzt der Bundesrat das Engagement der Parlamentarierinnen und Parlamentarier unter den heutigen Umständen, die sich als sehr günstig erweisen, um eine neue internationale Ordnung und damit die Respektierung des Rechts zu erlangen.

Es liegt in der Natur seiner Aufgaben, dass der Bundesrat ständig seine Politik zu überprüfen hat. Von besonderer Notwendigkeit ist dies – wie das seit Ausbruch der Kuwait-Krise der Fall ist –, wenn die internationale Lage durch schnelle Wechsel gekennzeichnet ist. So stützt sich der Bundesrat laufend auf die Expertisen von Spezialisten der Aussenpolitik. Vertreter der verschiedenen Departemente beraten sich regelmässig mit Experten im In- und Ausland, auf internationalen Konferenzen oder Seminarien.

Die Vorschläge der Motion sollten deshalb ebenfalls im Kontext der Departemente geprüft werden, kann doch die Ausarbeitung einer neuen Nahost-Aussenpolitik nicht an ausserstehende Experten delegiert werden, seien diese noch so kompetent.

Der Bundesrat legt Wert auf die Feststellung, dass er entschlossen ist, sich entschieden für die Beseitigung der Ursachen der Spannungen und Konflikte zu engagieren, die in der Region aufgetreten sind. In diesem Sinne hat er auch der Ernennung von Botschafter Brunner zum Sondervertreter des Uno-Generalsekretärs für den Nahen Osten gerne zugestimmt. Er ist allerdings überzeugt, dass die Probleme im Nahen Osten vor allem von den dortigen Völkern gelöst werden müssen. Die Schweiz kann wohl dazu beitragen, einen Dialog in Gang zu setzen oder einen Streitfall auf friedlichem Wege zu lösen. Es würde aber leicht als Einmischung empfunden, wollten wir unsere Prinzipien und unsere Wertvorstellungen in dieser Region durchsetzen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates**Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

91.3056

Motion Baerlocher**Konzept für eine friedenspolitische Neuorientierung der Neutralität****Redéfinition de la neutralité***Wortlaut der Motion vom 7. März 1991*

Verschiedene politische Ereignisse der letzten Zeit machen deutlich, dass sich das bisher definierte Konzept der Neutralität in einer Krise befindet: Golfkrieg und europäische Integration. Auch im Bericht des Bundesrates zur Sicherheitspolitik wird die Neutralität zur offenen Frage erklärt.

Der Bundesrat wird daher gebeten, zur Ablösung der veralteten Neutralitätskonzeption vom 26. November 1954 ein Konzept zu einer Neuorientierung der Neutralität vorzulegen. Ein

Konzept, welches eine unabhängige Friedenspolitik fördert und Neutralitätspolitik statt Einschränkung auf klassisches (damit auf kriegerische Auseinandersetzungen beschränktes) Neutralitätsrecht ermöglicht. Dieses Konzept sollte daher in folgende Richtung gehen:

- Neutralität als Grundlage für eine unabhängige Friedenspolitik unter Berücksichtigung einer globalen Umweltpolitik, Bekämpfung der weltweiten Verarmungsprozesse, Demokratisierung und Bekämpfung der Frauenunterdrückung durch Abbau patriarchaler Strukturen.
- Neutralitätspolitische Mitgestaltung der gesellschaftlichen Aussenbeziehungen in Richtung ausgewogener Interdependenzen.
- Kooperatives Vorgehen der Schweiz mit anderen Neutralen und Nichtblockgebundenen.
- Kollektive Friedenserhaltung eingeschränkt auf das Peacekeeping-Prinzip der Uno und Bemühungen der schweizerischen Aussenpolitik zur entsprechenden Fortentwicklung des Uno-Völkerrechts mit einer expliziten Rechtsgrundlage in der Uno-Charta.
- Die rechtliche Anpassung der Neutralität müsste flankiert werden durch eine intensive Mitwirkung an der Förderung bestehender und dem Aufbau neuer Institutionen einer kooperativen Existenzsicherungspolitik.

Texte de la motion du 7 mars 1991

A la lumière de divers événements politiques, notamment la guerre dans le Golfe et le processus d'intégration européenne, il s'est révélé que notre conception traditionnelle de la neutralité était remise en cause. Dans son rapport sur la politique de sécurité, le Conseil fédéral laisse entendre que notre neutralité soulève de nombreuses questions.

De ce fait, le Conseil fédéral est chargé de donner une nouvelle définition de la neutralité destinée à remplacer celle du 26 novembre 1954, qui est dépassée à l'heure actuelle. Cette nouvelle optique de la neutralité devrait permettre de promouvoir une politique de paix indépendante et de mettre en oeuvre une politique de neutralité remplaçant le droit de la neutralité classique (qui ne porte que sur les conflits armés). Elle devrait donc se caractériser comme suit:

- La neutralité servira de base à une politique de paix indépendante tenant compte d'une politique globale de l'environnement, combattant les phénomènes d'appauvrissement dans le monde entier, favorisant la démocratisation et luttant contre la soumission des femmes en supprimant les structures patriarcales;
- Notre politique de neutralité contribuera à modeler les relations extérieures de notre société en vue d'établir des interdépendances équilibrées;
- La Suisse agira de concert avec d'autres Etats neutres ou non alignés;
- Notre pays oeuvrera en faveur du maintien de la paix collective en appliquant strictement le principe du «peace keeping» de l'ONU, et sa politique étrangère visera à faire progresser le droit international de l'ONU; à cet égard, une base juridique explicite figurera dans la Charte de l'ONU;
- L'adaptation juridique de notre définition de la neutralité s'accompagnera d'efforts intenses destinés à promouvoir ou à créer des institutions chargées de mener une politique de sécurité collective.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bär, Bodenmann, Carobbio, Grendelmeier, Haering Binder, Haller, Leuenberger-Solothurn, Leutenegger Oberholzer, Maeder, Meier-Glatfelden, Meier Samuel, Pitteloud, Rechsteiner, Stocker, Thür, Volmer, Weder-Basel, Zbinden Hans (18)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Diskussion um Ueberflugrechte für amerikanische und britische Militärflugzeuge, die Kriegsmaterialexporte in kriegführende Staaten und der Antrag des Bundesrates, 130 Millionen Franken Hilfsgelder an die Frontstaaten zu bezahlen, bestätigen die grundlegenden Aenderungen der schweizerischen Neutralitätspolitik. Die nach wie vor gültige offizielle Neutralitätskonzeption der Schweiz aus dem Jahre 1954 kann nicht

Motion Bäumlin Schweizerisches Konzept für eine neue Nahost-Politik

Motion Bäumlin Nouvelle politique suisse au Proche-Orient

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3013
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.06.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1322-1323
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 033

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.